

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerihtsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 277

Montag, den 25. November 1929

102. Jahrgang

Die Schicksalsfrage der deutschen Wirtschaft

Die künftige Finanzpolitik wird entscheiden

U. Berlin, 25. Nov. In einem aufsehenerregenden Artikel berechnet das Berliner Tageblatt an der Spitze seiner Sonntagsausgabe unter der Überschrift „Die Schicksalsfrage der deutschen Wirtschaft“, daß 70,7 v. H. der deutschen Erzeugung vom Fiskus beschlagnahmt werden. Es wird die Steuerrechnung einer normalen deutschen offenen Handelsgesellschaft wie folgt aufgemacht:

Vom Einkommen gehen ab: 40 v. H. für Einkommensteuer, 11,1 v. H. für Gewerbesteuer, 6,8 v. H. für Umsatzsteuer, 5,5 v. H. für Vermögenssteuer, 2,9 v. H. für Industriebelastung, 2,5 v. H. für Kirchensteuer, 2,2 v. H. für Hanssins- und Grundsteuer, zusammen 70,7 v. H. des Einkommens für alle Steuern.

In dem Artikel heißt es dann: „Wenn also ein Betrieb Kredit zu 9 v. H. aufnimmt, so muß er damit über 13 v. H. verdienen, ehe sich ein Gewinn ergibt, ehe also die Kapitalaufnahme lohnend wird. Die Wirkung dieser Steuerlast auf die Preishöhe ist bei den vielen Stadien und Steuerzugriffen, durch die eine Ware geht, ehe sie den Konsumenten erreicht, unschätzbar groß. Hier liegt der Grund für unsere ungenügende Konkurrenzfähigkeit in der Ausfuhr, für mangelnden Absatz im Inland, für Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne. Im Abbau dieser Lasten, die die Wirtschaft hemmen, liegt das wirkliche Interesse der Arbeiterschaft, aber nicht in dem Ideal der hohen Besteuerung des reichen Unternehmers.“

Viele ahnen, daß bei aller Unabänderlichkeit unserer Reparationspflicht die ungeheure Steuerlast wesentlich erleichtert werden könnte durch eine gute Finanzpolitik, da Finanzsystem und Finanzpraxis in Deutschland noch heute so jämmerlich schlecht sind, wie sie es mit Kriegsausbruch wurden und wie sie es auch vorher schon in mancher Hinsicht waren, und daß die deutsche Wirtschaft durch die Verheerung dieser traurigen Tradition in immer schwerere Gefahren gerät. Aber nur wenige wissen, wie nahe diese Gefahren sind, wie ungeheuer und untragbar die Last tatsächlich ist, die Krieg,

Inflation und eine verständnislos-unwürdige Finanzpolitik der deutschen Wirtschaft aufgeschafft haben. Ob diese Kenntnis in das Bewußtsein weitester Volksschichten dringen und dort Wille zu energischer Abhilfe werden wird? Davon hängt es ab, welchen Weg Deutschland in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht gehen wird. Bleibt es bei dem heutigen Zustande, so kann weder die jetzige Wirtschaftsform noch die jetzige Staatsform bestehen bleiben.

Der Reichshaushalt 1930 fertiggestellt

U. Berlin, 25. Nov. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, ist im Reichsfinanzministerium der Reichshaushaltsplan für 1930 fertiggestellt worden. Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen mit der Durchberatung des Etats beginnen. Dem Reichstag wird der Etat für 1930 zusammen mit dem Nachtragsetat für 1929 zugehen. Wie verlautet, hat der Reichsfinanzminister bei der Etatgestaltung noch nicht in allen Dingen endgültig entschieden, sondern dem Reichskabinett ist freie Hand gelassen worden, insbesondere muß darüber entschieden werden, ob noch in Aussicht stehende Anforderungen des Reichsarbeitsministers Berücksichtigung im neuen Reichshaushaltsplan finden sollen.

Beginn der parlamentarischen Wintertagung.

In dieser Woche nehmen die beiden großen Berliner Parlamente ihre Tätigkeit wieder auf. Der Reichstag tritt bekanntlich am Mittwoch, 27. November, wieder zusammen, während der preussische Landtag bereits am Dienstag seine Arbeiten wieder aufnimmt. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist ebenfalls auf Dienstag einberufen worden. Der Haushaltsausschuss des Reichstags und der Volkswirtschaftliche Ausschuss veröffentlichen sich bereits am Montag. Von den Reichstagsfraktionen sind bisher die Fraktion der Deutschen Volkspartei zum 26. und die der Deutschen nationalen Volkspartei und der Demokraten zum 27. November einberufen worden.

Die Grenzlandpolitik im Osten

Verhängnisvolle Vertragspolitik mit Polen

U. Breslau, 25. Nov. Auf der Ostlandkundgebung des Augustinervereins sprach Prälat Ullrich über „Grenzlandpolitik im Osten“. Er wies u. a. darauf hin, daß planvoll eine Annäherung und Verständigung zwischen Deutschen und Polen angebahnt werden müsse, aber ein Ostlocarno sei unmöglich. Von Handelsvertrags- und ähnlichen Verhandlungen eine minderheitenpolitische Entspannung in Polen zu erwarten, sei eine Utopie, die die Lage und Psyche des Gegners verkenne. Ebenso sei wenig von dem Minderheitenschutz durch den Völkerbundsrat zu erwarten. Dazu komme das Nachgeben des Reiches, so daß Polen die deutsche Nachgiebigkeit als feste Tatsache in seine Rechnung einsetze.

Die vorliegenden Schwierigkeiten entzögen uns jedoch nicht der Frage, die Gegenwartsaufgaben für beide Völker zu lösen. Dazu gehöre vor allem die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen, aber die jetzt angebahnte Rauscher'sche Vertragspolitik, auch der Abschluß in der Liquidationsfrage, sei ein Verhängnis. Jedenfalls dürfe der Handelsvertrag nur geschlossen werden unter völliger Sicherung der agrarischen Distrikte des deutschen Volkes. Das Kohlenkontingent sei für Oberschlesien nur zu ertragen, wenn man es nach Norddeutschland in das Gebiet der englischen Kohle leite.

Gesandter Rauscher in Berlin.

U. Warschau, 25. Nov. Der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, ist am Samstag abend aus Warschau nach Berlin abgereist.

Die DVP. behält sich ihre Stellungnahme zu den Polenverträgen vor.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, der parteiamtliche Presseudienst der DVP, bemerkt zu der Entscheidung des deutschen nationalen Parteitags bezüglich der deutschen auswärtigen Politik, für die auch gerade die Volkspartei verantwortlich sei, u. a. folgendes: „Einmal ist es nicht angängig, die heutige Reichsregierung und die hinter ihr stehenden Parteien, zu denen auch das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Demokraten gehören, für den Verlust des Krieges und seine Folgen verantwortlich zu machen. Zum anderen hat die DVP. weder zu dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen noch zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen bis jetzt überhaupt Stellung genommen. Im Gegenteil hat sie sich ihre Stellung ausdrücklich vorbehalten.“

Die Bahnbau-Kontrolle im entmilitarisierten Gebiet

Vor der Veröffentlichung der deutsch-französischen Abmachungen.

U. Berlin, 25. Nov. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind im Zusammenhang mit der rheinischen Eisenbahnfrage von deutscher Amtlicher Seite Schritte unternommen worden, um die Zustimmung der französischen Regierung zur Veröffentlichung der in dieser Frage geschlossenen Abmachungen einzufolten.

Eine halbamtliche Mitteilung.

In verschiedenen Presseäußerungen der letzten Tage ist die Besorgnis ausgesprochen worden, daß in den im Monat August abgeschlossenen Vereinbarungen über die rheinischen Eisenbahnen den in der Völkshastertkonferenz vertretenen Regierungen ein dauerndes Überwachungsrecht eingeräumt worden sei, demzufolge künftig in der entmilitarisierten Zone kein Bahngleis, keine Brücke, keine Laderampe gebaut werden könne, ohne daß zuvor die Völkshastertkonferenz die Genehmigung erteilt hätte. Diese Besorgnis ist unbegründet. Bereits in der Verlautbarung vom 9. November ist darauf hingewiesen worden, daß die Völkshastertkonferenz weder rechtlich noch tatsächlich die Befugnis in Anspruch nimmt, Deutschlands Freiheit zur wirtschaftlichen Entwicklung des Eisenbahnsystems in der entmilitarisierten Zone zu beeinträchtigen.

Zur Erläuterung sei noch folgendes bemerkt: Die rechtliche Grundlage der genannten Verhandlungen bildete Artikel 48 des Versailler Vertrages, der Deutschland bekanntlich die Verheerung von Mobilmachungsvorbereitungen in der entmilitarisierten Zone untersagt. Selbstverständlich konnte es sich nicht darum handeln, die Rechte und Pflichten, die einerseits für die in der Völkshastertkonferenz vertretenen Regierungen, andererseits für die deutsche Regierung aus dieser Bestimmung folgen, zu ändern, sondern nur darum, ihren Umfang und ihre Bedeutung klarzustellen. Das ist geschehen. Eine Mobilmachungsvorbereitung liegt nur dann vor, wenn ein mit dem Vorwande wirtschaftlicher Interessen begründeter Bahnbau in der Tat militärischen dient. Die in der Völkshastertkonferenz vertretenen Regierungen haben nach Artikel 48 auch in Zukunft nur das Recht, bei der deutschen Regierung Beschwerde zu erheben, wenn sie glauben, den Nachweis führen zu können, daß es sich im konkreten Falle um eine derartige Bahnanlage handelt. Dieser Grundsat ist in der Fassung der Vereinbarungen zum Ausdruck gekommen.

Tages-Spiegel

Der Reichshaushaltsplan für 1930 ist fertiggestellt. Er wird dem Reichstag zusammen mit dem Nachtragsetat 1929 vorgelegt werden.

Gegen die Vertragspolitik mit Polen werden weitere Proteste im Osten des Reiches laut. Die Lösung der Liquidationsfrage wie das Wirtschaftskompromiß werden als verhängnisvoll bezeichnet.

In Berlin beginnt der Polizeipräsident die Taktlosigkeit, am Totensonntag Tanzveranstaltungen und Kabarettvorstellungen zu gestatten und später in unzureichender Form zu widerrufen. Die evang. Kirchenbehörden haben Verwahrung eingelegt.

Die Bombenattentate in Schleswig-Holstein und in der Provinz Hannover sind jetzt bis in alle Einzelheiten hinein aufgefält.

Die Sowjets haben trotz der weitergehenden Verhandlungen mit der deutschen Regierung 600 deutsche Kolonisten verhaftet und zwangsweise zurücktransportiert.

Der frühere französische Ministerpräsident Clemenceau ist in der Nacht zum Sonntag, 1.55 Uhr, im 89. Lebensjahr gestorben. Mit ihm ist einer der glühendsten Hasser Deutschlands aus der Welt geschieden.

Die Saarverhandlungen

U. Paris, 25. Nov. Die Führer der deutschen und der französischen Abordnung für die Saarverhandlungen werden heute im französischen Außenministerium zu einer Besprechung zusammentreten. Eine Vollziehung ist vorläufig nicht vorgesehen. Die nächsten Verhandlungen werden zwischen den Unter Ausschüssen stattfinden. Ein Zeitpunkt für diese Besprechungen ist noch nicht festgesetzt.

Zwangsmassnahmen gegen die Wolgadeutschen

U. Moskau, 25. Nov. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die DVP. 600 deutsche Kolonisten festgenommen und sie wieder nach dem Kaukasus abtransportiert. Den Festgenommenen wurde erklärt, daß die Sowjetregierung keine Möglichkeit habe, ihnen Auslandspässe auszuhandigen. Die Sowjetregierung hat weitere Schritte für die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaft in der wolgadeutschen Republik unternommen. Wie amtlich gemeldet wird, erklärte Rysskulow, der Vorsitzende einer besonderen Regierungskommission, die sich zur Zeit in Pokrowsk aufhält, daß die Auflösung der individuellen Bauernwirtschaft in der wolgadeutschen Republik beendet sei. 80 vom Hundert der Bauern in der wolgadeutschen Republik hätten sich bereit erklärt, eine Kollektivbauernwirtschaft zu gründen. Mit dieser Maßnahme der Regierung hat sich selbstverständlich die Lage der deutschen Kolonisten, die beschlössen haben, in der Sowjetunion zu bleiben, weiter verschlechtert.

Wie von gut unterrichteter Seite in Moskau mitgeteilt wird, hat die Sowjetregierung die Ausreiseverbote nur für 1000 deutsche Kolonisten aufgehoben, für die anderen bleibt das Verbot weiter in Kraft. Der deutsche Geschäftsträger von Ewardowski wird sofort weitere Schritte bei der Sowjetregierung unternehmen.

Georges Clemenceau †

U. Paris, 25. Nov. Der ehemalige französische Ministerpräsident Georges Clemenceau ist in der Nacht zum Sonntag um 1.55 Uhr französischer Zeit seiner Krankheit erlegen.

Clemenceau war bekanntlich einer der furchtbarsten Feinde Deutschlands und ein Verfechter des Krieges bis zum äußersten. Er unterdrückte den Friedensgedanken in Frankreich mit äußerster Schärfe. Seiner eisernen Zähigkeit ist es gelungen, über alle Niederlagen und Enttäuschungen hinweg den Kriegswillen seines Landes wieder anzufachen und alle Friedens- und Verständigungswünsche zu unterdrücken. Als Vorsitzender des Obersten Rates diktierte er die Friedensbedingungen von Versailles, St. Germain und Neuilly. Nach den Wahlen im Januar 1920, als Dehanel Präsident der Republik wurde, zog er sich aus dem politischen Leben zurück. Seither lebte er fern von den Menschen meist in seiner Heimat, der Vendee.

Ministerpräsident Tardieu begab sich nach dem Tod Clemenceaus sofort in das Trauerhaus. Beim Verlassen des Hauses erklärte er Journalisten, daß dem Wunsch Clemenceaus gemäß keine Staatsfeierlichkeiten anläßlich der Beerdigung stattfinden werde.

